Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nummer 5240 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich J. V.: Albert Herling in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin und Leipzig.] Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Vierundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.]

Nr. 243. **Halle a. d. Saale, Freitag den 17. Oktober** **1890.**

Europäische Zollfragen.

In demselben Augenblick, wo die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien über den Abschluß eines Handelsvertrages begonnen haben, sorgen die Offiziösen hüben und drüben dafür, daß keine übermäßigen Hoffnungen auf das Ergebniß laut werden. Dieses Niederdrücken der Erwartungen ist aber kaum nöthig gewesen. Wir alle wissen ja leider gut genug, daß die grundlegenden Tendenzen der Wirthschafts- und Zollpolitik in Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn keine merkbare Veränderung gegen früher erfahren haben. Der schutzzöllnerische Geist ist noch lebendig; zwar ist er nicht mehr so eifervoll und ausschließlich wie vor zehn Jahren, wo er in schnellem Siegeslauf die Gesetzgebung aller Länder Europa's in seinem Sinn umprägte, aber die bestimmenden Strömungen und Strebungen sind die gleichen geblieben. Nur der härteste Zwang der Umstände und unbezweifelbare und offenkundige Vortheile, die sich mit den Händen greifen ließen, würden die Regierungen dazu bringen können, sich gegenseitig Zugeständnisse zu machen. Eine solche Macht, wie sie der Schutzzoll als beherrschendes System erlangt hat, läßt sich nicht an einem Tage umstürzen. Das geht alles so unlöslich ineinander über, Privatinteressen und solche von ganzen Wirthschaftsgruppen, politische und Partei-Interessen, wirthschaftliche Bündnisse und Kartelle, und die Fachmänner innerhalb der Regierungen sind die nämlichen, die vor zehn und mehr Jahren den Wandel vom Freihandel zum Schutzzoll durchgeführt haben. Wie kann man da erwarten, daß plötzlich ein neuer Geist diese ineinandergeschachtelte und noch immer, obschon mit wachsenden Reibungen funktionirende Maschine kommen werde? Täuschen wir uns doch nicht! Bei den Verhandlungen zwischen Berlin und Wien wird genau dasselbe Spiel beginnen, das alle ähnlichen Verhandlungen seit einem Dutzend Jahren schon im Beginn gelähmt hat: jeder wird auf seinem Schein bestehen, und für jedes kleine Zugeständniß werden von dem anderen Theile viel größere Zugeständnisse verlangt werden, verlangt, aber leider auch versagt.

Die österreichische Regierung zumal ist mit der Beruhigung der Interessenten ihres Landes, die von einer Herabsetzung der österreichischen Einfuhrzölle eine Schädigung befürchten, unangenehm schnell bei der Hand gewesen. Die „Investitionen," die in die österreichische Industrie, im Vertrauen auf die jetzige Zollpolitik, gesteckt worden sind, sollen, so versichert das wiener „Fremdenblatt," nicht bedroht werden. Mit andern Worten: Es wird im wesentlichen alles beim Alten bleiben, und selbst wenn ein Handelsvertrag zustande kommen sollte, so wird er an dem bestimmenden Charakter der beiderseitigen Zollpolitik auch nicht viel ändern. Deutschland hat ja doch eine ganze Reihe von Handelsverträgen auch während der neuen Schutzzollära abgeschlossen, so mit Spanien und mit Italien, ohne daß der Grundgedanke unserer herrschenden Wirthschaftspolitik dadurch ein anderer geworden wäre. Nur unter einer Bedingung könnten wir auf größeres Entgegenkommen Oesterreich-Ungarns und eventuell auch anderer Staaten rechnen, mit denen wir in Verhandlungen eintreten würden, nämlich, wenn wir uns entschließen könnten, unsere landwirthschaftlichen Zölle herabzusetzen.

In diesem Falle wäre Deutschland berechtigt, werthvolle Zugeständnisse zugunsten unserer Industrie zu verlangen. Es ist bekannt, daß die ungarischen und die österreichischen Interessen wirthschaftspolitisch vielfach auseinandergehen. Ungarn ist ein Ackerbaustaat und es wird industriell durch die cisleithanische Reichshälfte beherrscht. An der Erhaltung dieser Herrschaft aber haben die Ungarn weder ein patriotisches noch ein wirthschaftliches Interesse, und wenn Deutschland sich den ungarischen Landwirthschaftsprodukten bereitwilliger eröffnen wollte, so dürften wir darauf rechnen, daß die entscheidende ungarische Stimme im Rathe der Gesammtmonarchie zugunsten einer Ermäßigung der österreichisch-ungarischen Industriezölle abgegeben werden würde.

Sieht es nun wohl danach aus, daß deutscherseits eine solche Politik eingeschlagen werden wird? Wenn man sich von seinen Wünschen nicht fortreißen läßt, so wird man die Frage leider wohl verneinen müssen. Wir sehen nirgends eine Schwächung der Mächte und Bestrebungen, die uns in die unselige Agrarpolitik hineingetrieben haben. Allerdings, neue landwirthschaftliche Zollerhöhungen sind seit mehreren Jahren nicht gefordert worden und würden von der Regierung auch nicht gebilligt werden. Aber damit ist nichts gesagt, als daß das Agrarierthum gegenwärtig satt und zufrieden ist. Wollte man ihm die Beute wieder entreißen, so würde es nicht blos ebenso wild und angriffslustig wie ehedem werden, sondern es hätte auch auf die Unterstützung der Regierung zu rechnen. Gerade weil sich die gegenwärtige Regierung von den früheren krassen Uebertreibungen der Agrarpolitik fernhält, bekommt ihr beharrender Standpunkt eine gewisse Stütze. Die Milderung in der Handhabung des Schweineeinfuhrverbots hat das Prinzip der jetzigen Wirthschaftspolitik ganz unberührt gelassen. Wir Gegner der landwirthschaftlichen Zölle haben allen Anlaß, uns in dieser Hinsicht von Illusionen frei zu halten.

Angenommen nun, es bestände wirklich und ernstlich die Absicht, durch entsprechende Konzessionen auch Konzessionen von Oesterreich-Ungarn zu erhalten, so ist leider der Zusammenhang zwischen den wirthschaftspolitischen und den reinen Finanzfragen ein so enger geworden, daß von dieser Seite her neue und große Hindernisse einer durchgreifenden Umwandlung hervortreten. Die wachsende Schuldenlast des Reichs und Preußens und der Zuschnitt unserer Etats würden es unter allen Umständen schwierig machen, einen angemessenen Ersatz für etwaige Einnahmeausfälle zu finden. Eine weitsichtige Politik würde über solche vorübergehende Hindernisse allerdings hinwegkommen können. Aber die herrschende Finanzpolitik ist weder weitsichtig, noch hat sie ein Interesse daran, die Grundlagen des von ihr selber errichteten Gebäudes zu erschüttern. Dem Reichsschatzsekretär kommt wahrscheinlich ein Grauen an bei dem Gedanken, daß er den, durch die immer neuen militärischen Forderungen immer schwieriger werdenden Reichshaushaltsetat noch balanciren sollte, wenn ihm die Einnahmen aus den landwirthschaftlichen Zöllen beschnitten werden. So lange an den leitenden Stellen die alten Tendenzen mächtig sind, so lange wird jede Reform an dieser Klippe der Geldfrage scheitern. Es ist in Oesterreich-Ungarn nicht anders, was uns natürlich nicht trösten, sondern in unseren Befürchtungen nur noch bestärken kann.

Trotz alledem wäre vielleicht ein befriedigender Abschluß der neuen deutsch-österreichisch-ungarischen Zollverhandlungen zu erwarten, wenn nicht die Meistbegünstigungsklausel, die uns auch mit den anderen europäischen Staaten verkettet, die unabweisbare Folge hätte, daß Zollermäßigungen, die wir dem Donaureiche gewähren, ohne weiteres auch den übrigen Staaten zugute kommen. Es ist vorgeschlagen worden, gleichsam aus der Noth eine Tugend zu machen und die europäischen Festlandsstaaten, da sie handelspolitisch doch einmal von einander nicht loskommen können, sogleich zu einer Generalabrechnung zu versammeln und über eine Zollunion berathen zu lassen. Ja, wenn überall der freihändlerische Geist lebendig wäre, dann ginge es wohl auf diesem Wege, aber die Voraussetzung fehlt vollkommen. Gerade jetzt sehen wir Frankreich bei der Arbeit, durch die Schaffung eines möglichst hohen autonomen Tarifs sich zu isoliren und die wirthschaftspolitischen Stürme, die die Mc Kinley-Bill schon entfesselt hat, an seinem solchermaßen geschützten Hause vorbeigehen zu lassen. Ob die Franzosen das Experiment aushalten, ist schließlich ihre Sache. Deutschland aber könnte es gewiß nicht aushalten und wird sich auf diesen Weg auch nicht begeben. Was aber soll nun geschehen? Wir können uns doch unmöglich in unserem eigenen Fett schmoren lassen, wir müssen heraus aus dieser unerträglichen Zwangslage, und die Regierung muß den Muth finden zu einer großen und befreienden Entschließung. Noch freilich sehen wir nicht den ersten Schritt zu dieser Befreiung von den eigenen Irrthümern und denen der Vergangenheit.

Deutsches Reich.

* **Berlin,** 15. Okt. Der Kaiser und die Kaiserin trafen heute vormittag 11 Uhr 5 Min., von dem Jagdausfluge nach der Schorfheide zurückkehrend, auf Station Wildpark ein. Ihre Maj. die Kaiserin verließ den Sonderzug und begab sich nach Schloß Friedrichskron. Der Kaiser setzte die Reise nach Plaue fort zur Theilnahme an der Vermählung des Commandeurs des Regiments der Gardes du Corps Oberst Frhrn. v. Bissing mit der Komtesse Königsmarck. Heute nachmittag 4⅔ Uhr wird der Kaiser auf Station Wildpark zurückerwartet. Morgen gedenkt der Kaiser auf einige Stunden nach Berlin zu kommen. — In Potsdam fand heute nachmittag in Gegenwart der Kaiserin, des Oberpräsidenten v. Achenbach, des Regierungspräsidenten Grafen Hue de Grais und der Stadtbehörden die feierliche Einweihung des städtischen Krankenhauses statt. Dasselbe erhielt den Namen „Augusta-Viktoria-Krankenhaus." — Der Großherzog und die Großherzogin von Baden werden morgen abend zur Theilnahme an der feierlichen Einweihung des Mausoleums für weiland Kaiser Friedrich von Karlsruhe nach Berlin abreisen. — Heute früh trafen zum Besuch bei der Kaiserin Friedrich der Prinz und die Prinzessin Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg nebst den Prinzessinnen Töchtern Viktoria und Luise in Berlin ein und nahmen für die Dauer ihres hiesigen Aufenthaltes im Palais der Kaiserin Friedrich Wohnung. Heute nachmittag empfing die Kaiserin Friedrich den Herzog und die Herzogin von Connaught und deren Kinder und nahm mit denselben gemeinsam das Frühstück ein. — Der Prinz und die Prinzessin Heinrich treffen morgen nachmittag in Potsdam ein und nehmen während der Dauer ihres Besuches im Neuen Palais Wohnung.

□ **Berlin,** 15. Okt. Von einer der italienischen Botschaft nahe stehenden Seite wird versichert, daß General v. Caprivi gleich nach seinem Zusammentreffen mit Crispi von diesem nach Monza geleitet und dort König Humbert vorgestellt werden würde. Im Einklang damit steht die Meldung eines lombardischen Blattes, daß man im königl. Schlosse zu Monza bereits Vorkehrungen zum Empfange des Reichskanzlers treffe, welcher dort als Gast des Königs die Nacht verbringen werde. Von anderer Seite wird dagegen behauptet, der Empfang des Reichskanzlers bei König Humbert werde im Quirinal oder in Florenz im Palais Pitti stattfinden. Ueber das Datum sind Bestimmungen noch nicht getroffen worden. Angeblich wird Herr v. Caprivi ein Kaiserliches Handschreiben überbringen.

Der Kaiser hat den Reichskanzler beauftragt, Anordnungen zu treffen, welche zur Errichtung eines Kolonialraths als selbständigen Beiraths für koloniale Angelegenheiten fungiren soll, erforderlich sind. Zum Vorsitzenden des Kolonialraths ist angeblich Fürst Hohenlohe-Langenburg, zum ersten Sekretär desselben Dr Fabri in Aussicht genommen.

Der „Schles. Ztg." wird aus Berlin über den Stand der dem Landtage zu machenden Vorlagen geschrieben: „Es wird bestätigt, daß dem Landtage vorerst nur ein Theil der Vorlagen zur Steuerreform zugehen wird, und zwar der Entwurf zum Ersatz der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer durch eine einheitliche Einkommensteuer, und wahrscheinlich der Entwurf zur Umgestaltung der Gewerbesteuer. Was die Landgemeinde-Ordnung betrifft, so wird die formelle Redaktion des Entwurfes in Kürze beendigt werden. Ueber das Schulunterhaltungsgesetz, dessen vorläufiger Entwurf vor einiger Zeit fertiggestellt worden ist, sind noch Verhandlungen erforderlich; gleichwohl hofft man, auch dieses Gesetz dem Landtage alsbald nach Beginn der Session zugehen lassen zu können."

Im Anschluß daran lassen wir nachstehendes berliner Telegramm der „Köln. Ztg." folgen: „Hier hat sich eine Gruppe Geschäftstreibender zusammengethan, welche sich mit einer Bittschrift an den Finanzminister zugunsten der Selbsteinschätzung bei der Einkommensteuer wenden will. Andererseits wird von seiten der Agrarier eine allem Anschein nach lebhafte Agitation gegen die Selbsteinschätzung vorbereitet, welche gleichfalls ihren Ausdruck in Bittschriften finden soll."

Der „Reichsanzeiger" meldet: Anläßlich des neunzigsten Geburtstags Moltke's befahl der Kaiser, daß tags zuvor in den Unterrichtsanstalten der regelmäßige Schulunterricht ausfalle und eine entsprechende Schulfeier stattfinde.

?? **Berlin,** 15. Okt. Als politisches Kuriosum sei hier die Thatsache erwähnt, daß die vatikanische Presse die am 1. Okt. von Bebel gehaltene „Beerdigungsrede" des „Sozialistengesetzes" als Reklamearticel für den .... Papst und dessen politische Machtstellung benutzt! In derselben war der Papst bekanntlich als der Schildträger der bürgerlichen Reaktion bezeichnet worden. In stark geschraubter Umschreibung wollen die Kurialorgane daraus folgern, daß die Regierung des Kurial der beste Verbündete der Umsturzpartei wäre! Unter der bezeichnenden Spitzmarke: „Huldigung des anarchistischen Sozialisten Bebel vor der Macht des Papstes" läuft diese wunderliche Fruktifizirung durch die Spalten der vatikanischen Presse.

?? **Berlin,** 15. Okt. Berechtigtes Aufsehen erregt hier ein aus Athen eingegangener „Drahtbericht," demzufolge die dortige Kgl. Polizeipräfektur durch ein Reskript bei Strafe die Aushängung der deutschen Fahne allen Privatpersonen verboten habe! Hoffentlich ist die Meldung, die aus verschiedenen Gründen sehr unwahrscheinlich klingt, unrichtig. Als Quelle wird der im Geruch der Offiziosität stehende Spectateur d'Orient genannt, welcher freilich in der Lage ist, sie an erster Stelle auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Das seltsame Verbot soll sich auf alle National- und anderen Feste beziehen! Da nicht anzunehmen ist, daß auch eingeborene Hellenen unsere Fahne hissen, so würde sich dasselbe nur auf unsere im Schatten der Akropolis lebenden Landsleute beziehen. Oder sollte es sich dabei um eine moskowitische Kabale handeln? Aufklärung dieser räthselhaften Nachricht ist dringend zu wünschen. (Wie uns im Anschluß daran aus Athen telegraphirt wird, enthält Nr. 298 des Spectateur d'Orient thatsächlich diese Meldung:

„Le drapeau allemand. La police a defendu d'arborer pendant les fêtes nationales ou autres le drapeau allemand avec l'aigle.

(Die deutsche Fahne. Die Polizei verbot das Aushängen der deutschen Fahne mit dem Adler während der nationalen oder anderer Feste.")

Dies klingt, als ob gerade der „Adler" die griechischen Polizeiaugen beleidige. D. R.)

?? **Berlin,** 15. Okt. Wie an sonst wohlinformirten Stellen hier verlautet, hat man in London und in Konstantinopel das schon früher ventilirte Projekt einer europäischen Konferenz keineswegs ganz aufgegeben. Lord Salisbury soll vielmehr dem Drängen Rustem Paschas Rechnung tragen und geneigt sein, erforderlichen Falles einen bezüglichen vertraulichen Meinungsaustausch der Mächte anzuregen. Gleichzeitig soll er dem ottomanischen Botschafter darüber, daß England eine Besetzung von Tripolis durch Italien nicht dulden werde, die beruhigendsten Versicherungen abgegeben haben.

Es wird auch der „Nat.-Ztg." bestätigt, daß zum Oberpräsidenten von Sachsen der bisherige Regierungspräsident von Trier, v. Pommer-Esche bestimmt ist. Nach Absolvirung des Vorbereitungsdienstes wurde er Landrath des Kreises Mörs, den er 1867 bis 1870 auch im preußischen Abgeordnetenhause vertrat, wo er zur freikonservativen Partei gehörte. Nach dem Kriege wurde er vortragender Rath im Reichskanzleramt, bis er 1879 zum Unterstaatssekretär der Abtheilung für Inneres, Kultus und Unterricht im Ministerium zu Straßburg ernannt wurde. Später wurde er Regierungspräsident in Stralsund und zuletzt 1888 in Trier. Herr v. Pommer-Esche, dessen Vater Oberpräsident der Rheinprovinz war, gehört einer jener freigesinnten preußischen Beamten-Familien an, welche lange Zeit der preußischen Verwaltung deren eigenthümlichen Charakter aufprägten.

* Die Kriegserklärung, welche Herr Bebel auf dem Sozialistentag in Halle gegen die Ultramontanen aussprach, hat, so schreibt die „N.-L. Korresp.", bei den lehteren offenbar tiefen Eindruck gemacht. Sie glauben ja innerlich selbst nicht an ihre Behauptung, daß die katholische Religion mehr als andere eine Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie gewähre. Die „Germania" bemerkt zu der Drohung: „Die sozialdemokratischen Agitatoren werden also in den Wahlkreisen des Centrums nicht lange auf sich warten lassen. Sie werden voraussichtlich anfangs vorzugsweise in den weniger sicheren Kreisen, in den größeren Städten und in den Industriecentren auftauchen. Und da sie nach Bebel das Geschäft des Untergrabens gründlich gelernt haben, so werden sie wohl zunächst die rothe Fahne hübsch in der Tasche behalten, erst sondiren und rekognosciren, den harmlosen, biedern Arbeitervertreter spielen, bis sie ihre Zeit für gekommen erachten, um Farbe zu bekennen. Man rüste sich also und „untergrabe" den Herren die Basis gleich durch direkte Fragen nach „Wer und Wohin." Die „Ultramontanen" werden jetzt die Früchte der Saat ernten, die sie selbst ausgestreut haben. Ihre

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901017012/fragment/page=0001

Agitatoren haben in den Industriegegenden ebenso schlimm gehetzt, geschürt und alle Autorität untergraben, wie die Sozialdemokraten. Die ultramontanen verhetzten Arbeiter sind auf die Dauer ganz unrettbar der Sozialdemokratie verfallen.

* Wie es unbestritten die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine waren, die in unablässigem Kampfe die freien Hilfskassen in Deutschland zuerst geschaffen haben und für ihre gesetzliche Sicherung eingetreten sind, so rüsten dieselben sich auch jetzt zur schleunigen und energischen Abwehr gegen die schwere Bedrohung dieser Kassen durch die Krankenversicherungs-Novelle. Gemäß Beschluß des Centralrathsbureaus, welcher schon am 10. Okt. gefaßt wurde, findet zu diesem Zwecke Sonntag den 19. d., vormittags 9 Uhr, in Keller's Festsälen, Köpnickerstraße 96, eine Versammlung sämmtlicher Gewerkvereins-Hilfskassen statt, für welche der Verbandsanwalt Dr Max Hirsch das Referat übernommen hat. Auch andere sachverständige Abgeordnete sind eingeladen.

* Die Minister des Innern und der Finanzen haben in einem gemeinsamen Erlaß an die Regierungspräsidenten und Provinzialdirektoren eine für Sortimentsbuchhändler wichtige Verfügung erlassen. Nach derselben erscheint es zur Sicherung des Fortbestandes des deutschen Sortimentsbuchhandels geboten, daß die für die Bibliotheken der Regierungen u. s. w. erforderlichen buchhändlerischen Werke, soweit dies nicht schon bisher geschehen ist, von den in den Regierungshauptstädten u. s. w. bestehenden Sortimentsbuchhandlungen entnommen werden. Die Regierungspräsidenten u. s. w. sind mit entsprechender Anweisung versehen worden. Nur größere und kostbare wissenschaftliche Werke sind von dieser Vorschrift ausgenommen. Dabei soll der bisher bei Bücherbestellungen gewährte Rabatt auch fernerhin in Anspruch genommen und insbesondere auf den Antrag des Börsenvereins deutscher Buchhändler wegen Verzichtleistung auf den bei Bücherbestellungen früher gewährten Rabatt und Annahme eines Diskonts von höchstens 5 Proz. nicht eingegangen werden.

□ **Berlin**, 15. Okt. Kardinal Fürst Hohenlohe befindet sich, jetzt in Mailand weilend, auf dem Wege nach Deutschland, wo er einige Wochen verbringen wird. Bekanntlich war sein Name mit der straßburger Sedisvakanz in Verbindung gebracht worden.

* Wie aus Interessenkreisen verlautet, würden, falls die Staatsregierung nicht den Bau des Rhein-Weser-Elbe-Kanals in die Hand nähme, die betheiligten Handels-, Industrie-, Landwirthschafts- und Schiffahrtskreise den Kanal auf eigene Kosten erbauen.

* Von industrieller Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß gegenwärtig amerikanische Agenten Deutschland bereisen, welche Erkundigungen über die Löhne der Arbeiter, die Preise der Rohstoffe 2c. einziehen, um diejenigen Schutzmaßregeln zu ermitteln, welche die amerikanische Regierung zu ergreifen hätte, um in ihrem Lande neu zu begründende Industriezweige wettbewerbsfähig zu machen. Den deutschen Großgewerbetreibenden wird daher in der Folge bei ihren Beziehungen zu amerikanischen Händlern, Agenten, überhaupt hinsichtlich ihrer Aeußerungen über die eigenen wirthschaftlichen Verhältnisse große Vorsicht empfohlen.

* **Breslau**, 15. Okt. Der „Schlesischen Ztg." zufolge ist mittels Ministerial-Erlasses vom 14. d. M. die Erlaubniß zur Einfuhr lebender Schweine aus Bielitz-Biala und Steinbruch auch auf die Städte Breslau, Kosten und Hirschberg ausgedehnt worden.

* **Posen**, 15. Okt. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten verlas der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung ein Schreiben des Oberbürgermeisters Müller, d. d. Berlin, 12. d. an den hiesigen Magistrat, worin derselbe mittheilt, daß er, nachdem ihn der Bundesrath zum Justitiar der Reichsbank in Vorschlag gebracht habe, bereit sein würde, sein Amt als Oberbürgermeister niederzulegen, wenn er nicht im Interesse der Stadt Posen den lebhaften Wunsch hegte, an den gegen Ende des Monats stattfindenden Berathungen der Immediatkommission für Maßregeln gegen die Ueberschwemmungen theilzunehmen. Ferner verlas der Vorsitzende das Antwortschreiben des Magistrats, in welchem dieser das Anerbieten des Oberbürgermeisters dankend annimmt.

* **Würzburg**, 15. Okt. Die Reichstags-Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Dr Stöhr (Centrum) im 6. Wahlkreis Unterfranken ist auf den 6. November anberaumt.

* **Dresden**, 15. Okt. Der König begiebt sich Anfang der nächsten Woche auf Einladung des Kaisers nach Berlin, um an den kaiserlichen Jagden theilzunehmen, und, auf besonderen Wunsch des Kaisers, sich an der Feier des 90. Geburtstages des Generalfeldmarschalls Grafen Moltke zu betheiligen.

* **Berlin**, 15. Okt. Das Uebungsgeschwader, bestehend aus S. M. Panzerschiffen „Kaiser", „Friedrich Karl", „Preußen" und S. M. Aviso „Pfeil", Geschwaderchef Contre-Admiral Schröder, ist gestern in Southampton eingetroffen und beabsichtigt, am 19. d. nach Gibraltar in See zu gehen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Nach dem im ungarischen Unterhause gestern eingebrachten Gesetzentwurf über die Kranken-Unterstützungskassen wird für einen Zeitraum von 20 Wochen unentgeltlich ärztliche Behandlung gewährt, ingleichen die erforderliche Arznei und eine baare Unterstützung auf die Dauer von höchstens 20 Wochen der Erwerbsunfähigkeit, ferner Unterstützung im Wochenbette und ein Beitrag zu den Beerdigungskosten. Dagegen fällt die Invaliditäts-, Wittwen- und Waisen-Versorgung nicht in den Wirkungskreis der Kranken-Unterstützungskassen. Bei absichtlich hervorgerufenen und bei durch Trunkenheit und Ausschweifung verschuldeten Krankheiten wird von der Kasse keine Unterstützung geleistet. Bis zum Erlaß eines Spezialgesetzes über Unterstützung bei Unglücksfällen findet das jetzige Gesetz auch auf letztere Anwendung. Die Beiträge zur Kasse haben die Arbeitgeber zu leisten und zwar ein Drittel derselben aus eigenen Mitteln; die anderen zwei Drittel kann der Arbeitgeber in den Lohn einrechnen. Der Gesetzentwurf stellt gleichzeitig Strafen für Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz und gegen eine Umgehung desselben fest. — Ferner legte der Handelsminister Baroß einen Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der ungarischen Nord-Ostbahn vor.

Frankreich. Zu der Resolution der Budgetkommission bemerkt das „Journal des Debats," das Budget pro 1891 weise bereits mehr als 60 Millionen Ersparungen auf, weitere Ersparungen können nur fiktiv sein. Die „République française" nennt die Resolution eine platonische Demonstration, die Kammer würde es vorziehen, die pharmazeutischen Produkte zu besteuern als durch Ersparungen den einen oder anderen der öffentlichen Dienstzweige zu desorganisiren. Andere Blätter meinen, die Schlappe des Finanzministers Rouvier würde weitere Konsequenzen haben.

— Die Zeitung „La Presse" meldet, die irischen Deputirten O'Brien und Dillon seien vorgestern in Paris eingetroffen. Dieselben reisten nach Cherbourg weiter, von wo sie sich nach Amerika begeben.

Kriegsminister Freycinet verbot in einem Heerbefehl den Soldaten und Offizieren aller Grade den Besuch von Kaffeehäusern und Wirthschaften, die von Ausländern gehalten oder besucht werden, die Aufnahme ausländischer Dienstboten in ihr Haus und den Zulaß von Nichtmilitärs in die Nähe militärischer Anstalten aller Art.

Belgien. Im ganzen Lande, besonders in Brüssel und seinen Vorstädten, sowie in den industriellen Centren, kandidiren Sozialisten für die am Sonntag stattfindenden Wahlen. Niemals war die Arbeiterbewegung in Belgien so in Blüthe wie gegenwärtig. Trotz des ungünstigen Wahlsystems rechnen die Sozialisten auf einen großen Erfolg. In Brüssel zählen sie auf 20 Kommunalrathssitze. Im Hennegau betheiligen sich die Sozialisten in 14 wichtigen Gemeinden am Wahlkampf. In mehreren Bezirken stehen die sozialistischen Kandidaten Direktoren und Administratoren der Kohlengruben gegenüber. Das Feldgeschrei ist das allgemeine Stimmrecht.

Italien. Aus zuverlässigster Quelle werden Details über die Ursache des Scheiterns der englisch-italienischen Verhandlungen bekannt: Italien beanspruocht für sich die Flußlinie des Atbara bis zum Nil, während England ihm nur die Flußlinie des Baraka zugestehen wollte. In die Besetzung Kassalas willigte England schließlich gegen das Versprechen der Unterstützung einer eventuellen englisch-egyptischen Aktion im Sudan durch abessynische, italienischen Offizieren unterstehende Soldtruppen. Soweit waren die Verhandlungen gediehen, als Baring jene Forderung erhob, daß Italien nach Beendigung des erwähnten Feldzuges Kassala wieder an Egypten zurückstelle. Angesichts dieses unbegreiflichen Begehrens trat Italien von den Verhandlungen mit der Erklärung zurück, daß es sich volle Aktionsfreiheit vorbehalte. — Die italienischen Blätter versichern, das Scheitern der Verhandlung sei auf die Vorstellungen Frankreichs beim Foreign Office zurückzuführen. Die Regierung glaubt gleichwohl, schließlich eine Verständigung zu erzielen; jedenfalls fällt es ihr nicht bei, Kassalas wegen mit England zu zerfallen; die bezüglichen französischen Hoffnungen erweisen sich als eitel.

Holland. Im holländischen Publikum cirkuliren die widersprechendsten Gerüchte über den Gesundheitszustand des Königs. Der Zutritt zum Schloß Loo ist nur ganz wenigen Auserwählten gestattet; nicht einmal die Minister dürfen ohne vorgängige Verständigung mit den behandelnden Aerzten sich den Gemächern des hohen Patienten nähern. Thatsache ist, daß Dr Blaanderen, der leitende Arzt, jetzt täglich mehrere male zu Konsultationen im Loo erscheint und daß man daraus auf einen zunehmenden Ernst der Situation schließt.

Rußland. Die Kaiserliche Familie ist Dienstag nachmittag in Gatschina eingetroffen. Wie die „Moskowskija Wiedomosti" melden, hätten die in Etschmiadsin versammelten Armenier dem Kaiser Alexander ein Ergebenheitstelegramm namens des gesammten armenischen Volkes geschickt. Anläßlich der Ceremonie der Chrisambereitung wurden in Etschmiadsin auch mehrere Bischöfe für Türkisch-Armenien geweiht.

Türkei. Aus Pera schreibt man uns: Ein Irade des Padischah befiehlt dem Seraskierat, schleunigst in Tripolis für die Vermehrung der Küstenbefestigung Sorge zu tragen. Eine Kommission von Sachverständigen ist bereits dabei, die betreffenden Pläne auszuarbeiten. Inzwischen ist der Kriegsminister mit dem hiesigen Vertreter Krupps wegen Lieferung von dem dazu erforderlichen Geschützmaterial in Unterhandlung getreten. Die französischen Einflüsterungen betreffs eines von Italien angeblich geplanten Handstreiches haben also im Serail ihre Wirkung geübt. Räthselhaft bleibt nur, wo und wie die Pforte die zu diesen Rüstungen erforderlichen Summen aufbringen will.

Die in verschiedenen auswärtigen Blättern verbreitete Nachricht über armenische Excesse in Syrien sind nach den der Pforte vorliegenden Informationen stark übertrieben. Nach diesen Mittheilungen ist in Zeitan ein Gendarm getödtet worden, sonst ist die Ruhe in keinerlei Weise gestört worden.

Rumänien. Aus Krajowa vom 15. d. meldet man: Zu Ehren des Königs und des Prinzen-Thronfolgers veranstalteten die hiesigen Kaufleute gestern eine Kundgebung. Der König und der Prinz-Thronfolger wurden mit lebhaften Zurufen begrüßt. Ein Mitglied des Handelsstandes hielt eine huldigende Ansprache. Abends war Festvorstellung im Theater. Beim Erscheinen des Königs wurde die Nationalhymne intonirt, welche das Publikum stehend anhörte. Heute nachmittag kehrt der König nach Bukarest zurück.

Der sozialdemokratische Kongreß.

VII. Halle, 15. Okt.

Die Nachmittagssitzung, welche um ½4 Uhr eröffnet wird, leitet Abg. Dietz. Das Mandat des Delegirten Lichtenberg-Krefeld wird auf Antrag der Mandatsprüfungskommission nachträglich für ungiltig erklärt.

Es folgt die Fortsetzung der General-Diskussion über den Organisationsentwurf. Das Wort erhält zunächst Genosse Gottschalk-Hamburg. Die Hamburger stehen unbedingt auf dem Standpunkte, daß nur die, welche die Partei dauernd materiell unterstützen, Parteigenossen sind — gleichgiltig ist es aber, ob für verschiedene Landestheile vielleicht verschieden hohe Beiträge festgesetzt werden. Mit der Beschränkung auf 3 Delegirte sind wir vollkommen einverstanden; wollte man auf 5000 Genossen einen Delegirten rechnen, Genossen, dann schickte Berlin nicht weniger als 34 Delegirte! Ich meine, es wäre viel besser, es kämen aus Ostpreußen und ähnlichen Gegenden mehr Delegirte, die dann dorthin zurückkehren und Aufklärung verbreiten.

Gen. Theiß: Die abfällige Kritik in den Zeitungen halte ich für überflüssig; manche meiner Bedenken sind durch die vom Abg. Auer gegebenen Aufklärungen zerstreut, dennoch habe ich noch mancherlei Bedenken gegen den Entwurf. Die Organisation stelle ich mir so vor, daß dieselbe eine Körperschaft von 15—20 Personen repräsentirt, deren einer Theil die Geschäfte führt, während der andere Theil die Kontrolle übernimmt. Eine allgemeine Organisation über das ganze Reich empfiehlt sich nicht; ich halte es für besser, daß jeder Wahlkreis seine Angelegenheiten regelt und sich organisirt und einen Vertrauensmann an seine Spitze stellt. Diesem Vertrauensmann, den die Regierung sicher nicht als „Verbindung" ansehen wird, kann der Wahlkreis Gelder usw. übergeben, und ich glaube, auf diese Weise entgehen wir allen Schwierigkeiten. Als Name unserer Partei ist vorgeschlagen „Sozialdemokratische Arbeiterpartei." Ich glaube aber, unsre Bestrebungen gelten nicht nur den Arbeitern, sie gelten der ganzen Welt und deshalb halte ich den Namen „Sozialdemokratische Partei" für ausreichend."

Auf Antrag Auer wird nunmehr die von Bebel aufgestellte Kandidatenliste für die Kommission zur Spezialberathung des Organisations-Entwurfs mit großer Majorität angenommen. Der Kommission gehören demnach an: Auer, Bebel, Behrend-Frankfurt a/O., Bertram-Hannover, Daßbach-Hanau, Frau Ihrer, Emmel-Frankfurt a/M., Häuser-Mannheim, Herbert-Stettin, Keßler-Köthen, Kühn-Langenbielau, Lorenz-Königsberg, Lüttgens-Hamburg, Mahlke-Flensburg, Niemann-Chemnitz, Scherm-Nürnberg, Schoenfeld-Dresden, G. Schulz-Berlin, Segitz-Fürth, Slomke-Bielefeld, Stern-Cannstadt, Theiß-Hamburg, Vollmar-München, Wernau-Berlin, Kani-Rostock.

Ein inzwischen eingegangener Antrag auf Schluß der Generaldiskussion wird angenommen und Ref. Auer erhält das Schlußwort:

Parteigenossen! Es ist heute der Wunsch geäußert, es möchten sich alle Redner einer größern Objektivität befleißigen. Auch ich schließe mich diesem Wunsche von ganzem Herzen an. Aber wie die Dinge nun einmal gekommen sind und nachdem seit Monaten die Verfasser des Entwurfs in der rücksichtslosesten Weise angegriffen worden sind, dürfen Sie es einem, der berufen war, über den Gegenstand zu referiren, nicht verargen, wenn er sich vertheidigt. Ich stehe auf dem Boden: die beste Vertheidigung ist der Hieb — und in diesem Sinne habe ich gehandelt. Unsere Presse hat Leistungen gebracht, die weit über das hinausgehen, was unter Parteigenossen zulässig sein sollte. Und wenn uns nun, wie es heute geschehen ist, gesagt wird: Warum habt ihr keine Motive gebracht, so sagen wir: Warum haben die Genossen, ehe sie solche Beschuldigungen hinausschleuderten, es nicht der Mühe werth gefunden, sich einmal an diesen oder jenen aus der Fraktion zu wenden und zu sagen: das fällt uns auf, wie seid ihr denn dazu gekommen? Dann hätten wir geantwortet, dann hätten die Genossen es gewußt und vielleicht wäre das Urtheil in vielen Fällen nicht so schroff ausgefallen. Ich für meine Person wiederhole nochmals: Ich werde objektiv sein, wenn ich objektiv behandelt werde, aber ich kann unter Umständen ebenso „saugrob" werden, als ich saugrob behandelt werde. (Heiterkeit.) Genosse Keßler warf die Frage auf, wie wir dazu gekommen seien, trotz der vielen Erfahrungen wieder einen Entwurf herzustellen, der dieselben Gefahren in sich birgt? Deswegen, weil diese Verhandlungen vorausgehen mußten, ehe die Partei, die eine große Masse junger Elemente unter sich hat, die das nicht durchgemacht haben, sich überzeugen konnte, daß dies oder jenes, was in einzelnen Köpfen spukt, nicht möglich ist. Hätten wir Ihnen gleich von vorn herein einen solchen Entwurf vorgelegt, wie ihn Gen. Keßler im Kopfe hat — was hätte man uns da alles entgegengeschleudert! Es ist weiter so viel vom Central-Organ gesprochen worden; m. H., auch hier seien Sie ruhig — Sie werden doch zu dem kommen, was wir Ihnen vorschlagen. Es ist der Zwang der Thatsachen, der uns dazu geführt hat, davon abzustehen, ein altes Central-Organ, wie wir es früher hatten, zu schaffen — oder aber, Sie müssen sich heute schon darüber klar werden, daß ein großer Theil unserer Parteieinnahmen dazu verwendet werden müßte, um das Defizit dieses Central-Organs zu decken. In Bezug auf die Konkurrenz seien Sie ganz ruhig! Hamburg ist doch zweifellos der kräftigste Parteiort, den wir aufzuweisen haben, und doch hatte auch Hamburg s. Z. einen fortgesetzten Rückgang des Abonnements auf das Central-Organ aufzuweisen. Und so ist's überall. Wollen Sie ein neues Central-Organ, das etwas Größeres und Besseres ist als unsere Wochenblätter, dann müssen wir auch etwas hineinstecken, und das würde uns solche Summen kosten, daß Sie im nächsten Jahre, wenn wir Ihnen die Rechnung vorlegen, sagen würden: Um Gottes willen, bringt das Central-Organ wieder beiseite! Seien Sie überzeugt, die Lokalpresse würde die große Zahl der Abonnenten haben, und nur hier und da würde einer das fremde Blatt lesen, das Sie Central-Organ nennen.

Was die Kontrolle über die Presse betrifft, so kann sich doch wirklich die Fraktion nicht hinsetzen und eine Censur einrichten — das ist ja schon mit Rücksicht auf die Zahl unserer Zeitungen unmöglich. Es muß aber doch ein Centralorgan da sein.

Schließlich gebe ich noch der Hoffnung Ausdruck, daß es der Kommission — und auch ich gehöre ihr ja an — gelingen wird, einen Entwurf auszuarbeiten, der Ihnen so schön vorkommt, daß Sie, um bald nach Hause zu kommen, sagen: Wir nehmen ihn en bloc an!

Punkt 5: „Wahlen" wird bis zur Beschlußfassung über den Organisations-Entwurf zurückgelegt.

Zu Punkt 6: „Das Programm der Partei" erhält das Wort:

Abg. Liebknecht: Ich habe heute nicht eine Programmrede zu halten, sondern eine Rede über unser Programm, ob dasselbe einer Abänderung bedürftig ist und nach welcher Richtung hin. Das Programm, das wir jetzt haben, datirt aus dem Jahre 1875 und es ist ein Kompromißprogramm; es war ein Kompromiß zwischen dem der sog. Eisenacher Partei, die auf dem Boden der internationalen Arbeiter-Association stand und dem des Allgem. Deutschen Arbeitervereins. Dem letzteren zuliebe wurde der Lassalleanische Vorschlag von Produktiv-Associationen aufgenommen und dafür erklärten die Lassalleaner sich einverstanden mit den demokratischen Forderungen des internationalen Programms, die von unserer Seite vorgeschlagen worden waren. Ich selbst hatte damals die Ehre, die Programmrede zu halten, und ich habe damals schon den Charakter dieses Gothaer Programms dahin entwickelt, daß dasselbe nach keiner Seite hin als ein vollkommenes zu nehmen sei, daß es aber ein Produkt der Nothwendigkeit sei. Und kaum war damals das Programm für uns Gesetz geworden, so wurden schon vor dem Soz.-Gesetz verschiedentlich Anträge gestellt, eine Programm-Revision vorzunehmen; man wollte insbesondere die Reste des alten Lassalleanischen Programms von den Produktivgenossenschaften beseitigen — daneben handelte es sich noch um andere Fragen, z. B. daß die Religion als Privatsache zu betrachten sei usw.

Es war auch schon der Beschluß gefaßt worden, eine Revision vorzunehmen, da kam das Sozialistengesetz und unsere Partei wurde von dem Boden der Theorie und der wissenschaftlichen Entwicklung auf den Boden des Kampfes gedrängt. 12 lange Jahre haben wir zu kämpfen gehabt, da ist wohl hin und wieder der Ruf nach Revision des Programms aufgetaucht, aber er erscholl stets nur aus dem Munde solcher, die keine Gelegenheit hatten, an dem eigentlichen Kampfe auf Leben und Tod teilzunehmen. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes haben wir verschiedene Male, wenn die Wünsche auf Aenderung auftauchten, aufgefordert, die Partei möge in eine Diskussion über das Programm eintreten, aber dieser Aufforderung ist niemals entsprochen worden. Es kam wohl hin und wieder mal ein Brief, der sich auf die Religion oder auf die Frauenfrage wart, aber eine eingehendere Diskussion fand niemals statt. Als wir nun nach langem Ringen so weit waren, daß wir auch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes wußten, daß wir die Sieger wären, auf dem St. Gallener Kongreß — da kam auch die Programmfrage wieder vor und es wurde eine Kommission niedergesetzt, die den Entwurf eines revidirten Programmes vorlegen sollte. Dieselbe bestand aus Gen. Auer, Bebel und mir. Wir haben unsere Mission nicht erfüllt, wir hatten dazu keine Zeit, darin müssen wir uns schuldig bekennen — aber mit uns die ganze Partei, die sich in dem Londoner Sozialdemokrat so gut wie gar nicht damit beschäftigt hatte und zwar aus guten Gründen, denn gerade nach dem Wydener Kongreß bestand in Deutschland eine politische Krisis, die schließlich mit dem Sturze des Fürsten Bismarck geendet hat. Unsere Feinde hatten sich überzeugt, daß das Sozialisten-Gesetz seine Wirkung verfehlt hatte; sie sahen ein, entweder sie müßten es fallen lassen, und das wollte Bismarck nicht, oder sie müßten es verschärfen — und damals tauchte ja auch jener berüchtigte Expatriirungsvorschlag auf. Da nahm der Kampf zwischen uns und der Polizei und dem System Bismarck eine verdoppelte Kraft an. Wir haben zu ringen gehabt, nach jeder gewonnenen Schlacht aber wurden wir wieder in neue

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901017012/fragment/page=0002

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

— Zuckerverkehr. Im August und September wurden im deutschen Zollgebiet 52,501 D.-Ctr. gegen 76,428 D.-Ctr. im gleichen Zeitraum 1889 Rüben verarbeitet. Die Ausfuhr von Zucker stellt sich im August und September auf 249,526 D.-Ctr. Rohzucker und raffinirten Zucker unter 98 Proz. Polarisation gegen 231,945 D.-Ctr. gleichzeitig 1889 und 196,326 D.-Ctr. Zucker anderer Art gegen 74,018 D.-Ctr. in der gleichen Zeit 1889.

— Zahlungseinstellung. Nach der Frkf. Ztg. stellte die Wollfirma Marzillier u. Co. in Tourcoing ihre Zahlungen ein.

Zahlungs-Einstellungen.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Offiz.-Termin	Anm.-Frist	1. Gläub.-Versl.	Prüf.-Termin
Th. Bock, Kfm., Inh. d. Fa. R. Klemm Nachf.	Elberfeld	Elberfeld	10.10.	22.11.	8.11.	6.12.
Otto Hannacher, Eisen- u. Kurzwarenhdlg.	Hohenstein	Hohenstein-Ernstthal	11.10.	10.11.	30.10.	29.11.
H. Scholz, Goldarbeiter	Neustadt O/S	Neustadt O/S	9.10	15.12.	6.11.	29.12.
W. Voigt, Fleischermstr.	Lüneburg	Lüneburg	6.10.	1.11.	25.10.	8.11.
Wilh. Werres, Kfm.	Freckenhorst	Warendorf	11.10.	25.11.	6.11.	4.12.
A. O. K. H. Reichsfreiherr v. Künsberg-Langenstadt (Nachl.)	Oberlangenstadt	Kronach	9.10.	15.11.	31.10.	6.12.
R. Rattner, Materialwaarenhdlr.	Magdeburg	Magdeburg	9.10.	15.11.	6.11.	4.12.
K. K. Th. Schattenberg, Kfm.	Meißen	Meißen	10.10.	7.11.	10.11.	11.12.
C. Roth, Kfmwittwe., Inh. d. Fa. J. L. Roths Wwe. (Nachl.)	Velburg	Parsberg	9.10.	30.10.	10.11.	10.11.
Fr. Schlotter, Schuhfabr.	Pirmalens	Pirmalens	7.10.	10.11.	27.10.	24.11.
Anton Przyniczynek, Kfm.	Sobotta	Pleschen	8.10.	10.11.	21.11.	27.11.

Kursberichte. [Fernsprechdienst der Saale-Ztg.]

Berlin, 15. Oktober, nachmittags.

Fonds-Börse.

4% Reichsanleihe	105,50	Dresdener Bank	157,00
3½% do	98,75	Berliner Handelsgesellsch.	164,75
4% Preuß. Kons. Anl.	105,30	Laurahütte	144,75
3½% do. do.	98,60	Dortm. Union St.-Prior.	87,25
4% Landsch. Ctr.-Pfbbr.	102,75	Bochumer Gußstahlwerke	159,75
3½% do. do.	97,50	Harpener Bergwerk	206,00
4% Meininger Hypthkbr.	101,50	Oesterreich. Kreditaktien	169,00
Riebeckische Montanwerke	178,00	Franzosen	109,90
Crölwitzer Papierfabrik	151,50	Lombarden	66,25
Lübeck-Büchener Eis.-A.	165,90	Galizier	88,63
Mainz-Ludwigshafener	116,90	Russische Südwestbahn	85,50
Marienburg-Mlawkaer	65,00	4% Oesterr. Goldrente	95,10
Gotthardbahn	159,50	4% Ungarische do.	89,10
Ostpreußische Südbahn	98,40	4% Russ. 1880er Anleihe	96,90
Diskonto-Kommandit	219,90	4% do. 1889er Konsols	97,60
Darmstädter Bank	158,10	III. Orient-Anleihe	80,90
Deutsche Bank	165,00	Russische Noten	250,75

Tendenz: matt.

Die Kurse zu 1—9 verstehen sich per Kasse, die übrigen per Ultimo.

Getreide-Börse.

Weizen: Sept.-Okt. 190,25, April-Mai 189,75, schwach.
Roggen: Sept.-Okt. 177,50, April-Mai 161,50, befestigt.
Hafer: Sept.-Okt. 143,75, April-Mai 137,50, matt.
Rüböl: Sept.-Okt. 65,00, April-Mai 57,10, matt.
Spiritus: (70er Waare) loco 44,80, Sept.-Okt. 44,70, Nov.-Dez. 39,00, — (50er Waare) loco 64,50, Sept.-Okt. 58,70, abgeschwächt.
Petroleum: diesen Monat 23,00, nächsten Mon. 23,00, still.

Von der Fondsbörse. Die matten Notirungen der ausländischen Abendbörsen, die zunehmende Knappheit der Geldverhältnisse und der dadurch verursachte Rückgang der neuen deutschen und preußischen Anleihen, die etwa ¾ Proz. unter den Emissionskurs angeboten wurden, riefen im heutigen Verkehr eine starke Verstimmung hervor. Die Tendenz war durchweg matt, zeitweise durfte sie sogar als flau bezeichnet werden. Auf allen Gebieten war ein starkes Angebot wahrnehmbar, welches mitunter recht dringlich auftrat und die Kurse beträchtlich herabdrücken mußte, weil es einerseits an Aufnahmelust völlig mangelte und andererseits die Contremine eine rege Thätigkeit entfaltete. Der Hauptsturm galt den Bankaktien, die sprungweise im Kurse zurückgingen. Man vermuthet, daß die Portefeuilles der größeren Institute mit in- und ausländischen Staatsanleihen überladen sind und an denselben wahrscheinlich Verluste erleiden werden; Diskonto-Kommandit, Berliner Handelsgesellschaft und Dresdener Bank, welche neben den Oesterreichischen Kreditaktien die meiste Beachtung fanden, gaben in der ersten Börsenstunde ca. 2 Proz. nach bei belebtem Verkehr. Die Montanpapiere standen unter dem Drucke der Meldungen betr. Auflösung des Westdeutschen Feinblechverbandes; sie folgten der allgemeinen rückläufigen Strömung, kamen aber nur zu mäßigen Umsätzen; Laurahütte Bochumer Gußstahlwerk und Harpener fanden auf diesem Gebiete die meiste Beachtung. Die anderen spekulativen Industriepapiere waren rückgängig bei ruhigem Geschäft, nur für Türkische Tabaksaktien bestand reges Angebot. Die heimischen Eisenbahnen stellten sich bei ruhigem Verkehr wesentlich billiger. Das Gleiche gilt von den schweizerischen und italienischen Eisenbahnen. Die Oesterreichischen Transportwerthe hatten dagegen schwunghaften Handel aufzuweisen, namentlich gilt dies von Franzosen und Lombarden, die beträchtlich gedrückt wurden, bezüglich Dux-Bodenbacher und Buschtiehrader gilt dasselbe in mäßigerem Maße. Sehr matte Haltung bekundeten Warschau-Wiener und Russische Südwestbahn, von denen erstere bedeutende Umsätze erfuhren. Die Russischen Noten sowie Orient-Anleihen waren gleichfalls stark rückgängig, weil die Ausführung des Projektes der russischen Valutaregulirung vermehrten Zweifeln begegnet. Die übrigen ausländischen Rentenpapiere, von denen Italiener am meisten zur Geltung kamen, waren auch durchweg billiger erhältlich.

Von der Getreidebörse. Dem Getreidemarkte fehlte auch heute jegliche Anregung seitens der auswärtigen Getreideplätze, das Geschäft nahm dieserhalb wieder einen sehr ruhigen Verlauf. Die Tendenz konnte im allgemeinen als schwach gelten, weil sich noch immer Deckungsbedürfniß für laufenden Monat zeigt und die stattfindenden Kündigungen fortgesetzt glatte Aufnahme finden. Weizen stellte sich dieserhalb für Oktober auf den gestrigen Stand, während die späteren Sichten rückläufige Richtung einschlugen. Roggen lag anfangs wegen des Rückganges des Rubelkurses matt, erfuhr nachher aber eine mäßige Befestigung, die jedoch nur wenig Nachhaltigkeit verrieth. Hafer wurde für Herbst wesentlich billiger erlassen. Auch Rüböl lag schwach, insbesondere die nahen Sichten, die merklich zurückgegangen sind. Spiritus verharrte zunächst in fester Haltung, erlitt später aber auch eine Abschwächung, der eine Abbröckelung der Preise folgte, einzelne Termine konnten jedoch ihren gestrigen Stand voll aufrecht erhalten; das Geschäft in diesem Artikel war anfangs ziemlich belebt, später von nur bescheidenem Umfange.

Letzte telegraphische Nachrichten.

* **Hamburg**, 15. Okt. Die Hamburger Handelskammer übernahm es, auf Ansuchen der Hafenspeicher-Arbeiter bezüglich der Arbeitszeit sämmtlicher auf dem Wasser beschäftigten Arbeiter, zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu vermitteln.

* **Bamberg**, 15. Okt. Bei Hapfurt stieß heute früh ein Güterzug mit einem Personenzug zusammen; hierbei wurden mehrere Wagen beschädigt und einige Personen verletzt. Der Verkehr ist vorläufig unterbrochen.

* **Wien**, 14. Okt. Der zum preußischen Gesandten in Darmstadt ernannte Freiherr v. Plessen, früherer Generalkonsul in Budapest, ist auf seinen neuen Posten nach Darmstadt abgereist.

* **Wien**, 15. Okt. Die Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritte des österreichischen Kriegsministers werden aufs neue für vollständig unbegründet erklärt.

* **Calais**, 15. Okt. Gestern abend fand eine öffentliche Versammlung der streikenden Arbeiter statt; 3500 Personen waren erschienen, darunter 300 bis 400 Frauen. Dr Aveling, der Schwiegersohn Karl Marx', und Roussel aus Paris hielten äußerst leidenschaftliche Reden, in denen die soziale Revolution in naher Zeit in Aussicht gestellt wurde. Ein Redner erklärte, unter dem einstimmigen Beifall der Menge, die Hilfe der deutschen Sozialdemokraten anzunehmen.

* **Marseille**, 15. Okt. [Eig. Telegr. d. Saale-Ztg.] Ein hiesiger Börsenmakler wurde verhaftet; eine in seiner Behausung vorgenommene Nachsuchung förderte 200,000 Pesetas gefälschte spanische Rente zutage.

* **Brüssel**, 15. Okt. [Eig. Telegr. d. Saale-Ztg.] Die Kongoregierung machte den Mächten Vorschläge bezüglich Erleichterung der festgesetzten Zölle sowie wegen der bezügl. Formalitäten. Die Kongozolltarif-Kommission wird zum 5. Nov. nach Brüssel geladen. — In Flenu ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, der sich rasch ausdehnt. Es wird von den Arbeitern eine Lohnerhöhung gefordert.

* **Brüssel**, 15. Okt. Der Rektor der hiesigen Universität demissionirte und ersuchte eine Studenten-Abordnung zur Klärung der Mißverständnisse ihm Gehör geben zu wollen. Der Akademierath ist von der Nachmittag berufen, gleichzeitig eine große Studenten-Versammlung.

* **Lissabon**, 15. Okt. [Eig. Telegr. d. Saale-Ztg.] Das Ministerium enthält vier Progressisten, zwei Konservative, einen Unabhängigen. Es wird dem Ministerium nur kurzes Bestehen zugeschrieben.

* **London**, 15. Okt. Eine furchtbare Explosion von Steinkohlengas fand gestern in Cardiff auf der deutschen Brigg „Dora" statt, als der Koch das Küchenfeuer anmachte. Die Explosion verursachte großen Schaden. Der Kapitän und viele von der Bemannung wurden verletzt, der Koch blieb wunderbarerweise unbeschädigt.

Abgang der Eisenbahnzüge.

Ehüringen. 1.08 U. (bis Erfurt) — 5.30. U. — 6.7 U. S. 1-3. — 7.39 U. S. 1-3. — 10.13 U. — 10.37 U. S. 1-3. — 11.30 U. S. — 12.55. N. — 2.10 N. — 5.48 N. S. 1-3 — 6.27 N. — 7.21 N. (bis Merseburg) — 9.34 Ab. (bis Erfurt) — 11.22 Ab. S.

Berlin. 3.46 U. S. 1-3. — 4.35 U. S. — 7.25 U. — 8.50 U. S. 1-3. — 11 U. — 1.40 N. — 5.36 N. S. — 6 N. — 8.5 Ab. S. 1-3. — 9.19 Ab. S. 1-3 12 Ab.

Leipzig. 2.42 U. — 4.31 U. — 6.45 U. — 7.36 U. S. 1-3. — 8.50 U. — 10.15 U. — 11.40 U. — 1.40 N. — 3.53 N. — 5.5 N. S. 1-3. — 5.23 N. S. 1-3 — 6.30 N. — 7.9 Ab. — 8.30 Ab. — 9.5 Ab. — 10.56 Ab. S. 1-3 — 11.25 Ab.

Magdeburg. 6.46 U. (fährt bis Köthen) — 7.15 U. — 9.48 U. — 10.59 U. (fährt bis Köthen) — 11.31 U. S. 1-3. — 1.26 N. — 3.13 N. — 5.41 N. — 8.33 Ab. — 10.25 Ab. S. 1-3.

Nordhausen-Kassel. 5.15 U. — 6.46 U. (fährt bis Sangerhausen) — 9 U. — 11.40 U. S. 1-3. — 1.20 N. (fährt bis Eisleben) — 2.5 N. — 5.50 N. — 9.30 Ab. (fährt bis Nordhausen) — 10.32 Ab. S. 1-3. — 11.20 Ab. (fährt bis Eisleben).

Aschersleben-Halberstadt. 7.45 U. — 11.35 U. — 1.18 N. S. — 3.5 N. — 5.52 N. — 9.25 Ab.

Soran-Guben. 7.40 U. — 11.24 U. — 1.31 N. — 6.36 N. S. 1-3. — 9.33 N.

Ankunft der Eisenbahnzüge.

Ehüringen. 3.41 U. S. 1-3. (von München über Zeitz) — 4.20 U. S. — 5.26 U. 5.45 U. (kommen von Merseburg u. fahren nur Wochentags) — 7.5 U. (kommt von Erfurt). — 8.40 U. S. 1-3. — 10.28 U. — 1.6 N. — 4.21 N. — 5.14 N. — 5.31 N. S. — 8 Ab. S. 1-3. (von München üb. Zeitz) — 8.23 Ab. — 9.11 Ab. S. 1-3. — 11.14 Ab. — 11.53 Ab. S. 1-3.

Berlin. 4.55 U. — 7.27 U. (kommt v. Bitterf.) — 9.59 U. — 10.32 U. S. 1-3. — 11.25 U. S. — 1.55 N. — 5.29 N. — 5.44 N. S. 1-3. — 8.57 Ab. — 11.15 Ab. S.

Leipzig. 5.25 U. — 6.36 U. — 7.9 U. — 7.49 U. — 9.40 U. — 10.54 U. — 11.28 U. S. 1-3. — 1.7 N. — 1.15 N. S. — 2.52 N. — 4.14 N. — 5.29 N. — 7.19 Ab. — 8.23 Ab. S. 1-3. — 9.10 Ab. — 10.18 Ab. S. 1-3. — 11.49 Ab.

Magdeburg. 2.32 U. — 7.27 U. S. 1-3. — 8.40 U. (kommt von Köthen) — 10 U. — 1.23 N. — 3.38 N. — 5.1 N. S. 1-3. — 6.56 Ab. — 8.58. Ab. — 10.50 Ab. S. 1-3.

Nordhausen-Kassel. 6.29 U. (kommt v. Eisleben) — 6.55 U. (kommt von Nordhausen) — 7.16 U. S. 1-3. — 10.5 U. — 12.40 N. (kommt von Sangerhausen) — 1.13 N. — 5.13 N. — 7.29 Ab. (kommt von Eisleben) — 7.56 Ab. S. 1-3. — 10.40 Ab.

Aschersleben-Halberstadt. 6.36 U. (kommt von Könnern) — 8.10 U. — 10.3 U. — 1.13 N. — 4.55 N. — 5.20 N. S. 1-3. — 8.53 Ab.

Soran-Guben. 7.5 U. — 10.27 U. S. 1-3. — 12.40 N. — 7.9 Ab. — 10.14 Ab.

Arnika-Oel
beseitigt die lästigen Kopfschuppen und hat sich als bestes und reellstes Mittel gegen das Ausfallen der Haare bewährt, à Fl. 75 u. 50 Pfg., empf. M. Waltsgott.

Mein verbessertes Nußextract aus frischen tiroler Nüssen ist die bestfärbende
Haarfarbe
frei von jeder schädlichen Substanz, schon aus diesem Grunde den meisten anderen Haarfärbemitteln vorzuziehen. Echt nur mit Schutzmarke Taube. Flaschen à 2,50 und 1,50 in schwarz, braun und blond,
Nussöl,
ein feines, haarstärkendes und dunkelndes Haaröl in Flaschen à 60 ₰ und Hüne's Enthaarungspulver zur schnellen, die Haut nicht im geringsten angreifenden Entfernung aller lästigen Gesichts-, Armhaare u. s. w. halte empfohlen. M. Waltsgott.

Diamantkitt
für Porzellan, Glas, Alabaster 2c. empfiehlt M. Waltsgott.

Rosen- und Veilchen-Seife,
3 Stück 40 ₰, empfiehlt in vorzüglicher Qualität M. Waltsgott.

Dr. Spranger'scher Lebensbalsam (Einreibung).
Unübertroffenes Mittel gegen Rheumatismus, Gicht, Zahnschmerz, Kopfschmerz, Uebermüdung, Abspannung, Schwäche, Erlahmung, Kreuzschmerzen, Brustschmerzen, Hexenschuß 2c. 2c. Zu haben: in Delitzsch nur in der Apotheke, von E. Freyberg à Flac. 1 Mark.

Flotter Schnurrbart!

Erfolg garantirt in einigen Wochen.
Prof. Hornbach's ungarisch. Haar- u. Bart-Glitzer, vorzüglichstes Mittel zur Beförderung des Wachsthums von Schnurr- u. Backenbart, sowie Haupthaar. (Wachsfeie Stiftung von Haarausfall.) Dieses Glitzer ist allen Haarpomaden u. Balsamen entschieden vorzuziehen. Preise per Flac. 1 Mark, 2 Mark u. 3 Mark nebst Gebr.-Anweis. in 3 Sprachen. Tägl. Versandt nach allen Weltgegenden per Nachnahme od. Einsendung des Betrages (auch Briefmarken) allein echt durch die Parfümerieparfüm. von
E. Seifert, DRESDEN-STRIESEN.

Raupenleim
nach erprobter Vorschrift zum Schutz von Wald und Obstplantagen liefert billigst M. Waltsgott.

Wir suchen einen größeren Posten rein gelesene
Bucheckern
zu kaufen und bitten um Angebote.
C. Brasche & Sohn, Braunschweig.

Kleingehacktes trockenes **Brennholz,** per Fuhre frei Haus 10,50. Hallesche Holzbearbeitungsfabrik. Möslicher Weg 4.

Abbruch Gr. Ulrichstraße 13 spott billig Mauersteine u. Brennholz s. vk.

Frisch eingetroffen:
Caviar, gr. graues Korn, à Pfd. 4,50, bei 2 Pfd. und mehr pr. Pfd. 4,00.
Aal in Gelée in 4, 2, 1 u. ½ Literdosen.
Aalbricken in 4 und 2 Literdosen.
Neunaugen in ½ u. ¼ Schockfässern.
Anchovis in Gläsern.
Ochsenzungen, Frai Bentos u. Fairbank.
Bratheringe in Dosen u. Fässern.
Russische Sardinen in 9 Pfd.-Fässern.
Oel-Sardinen, Philipp und Canraut, auch billigere Marken.
Helgoländer Hummer.
Gemüse-Conserven in all. Packungen.
Cocos-Nüsse mit Milch, à St. 30—50 ₰.
Große Auswahl in Wurst- u. Fleischwaaren.
Bücklinge u. Sprotten täglich frisch.
Für Wiederverkäufer billigste Preise.
Ch. Grünewald, Rathhauskeller.

Vierländer Gänse u. Enten nach Gewicht, **gemäst. Hähnchen** Freitag eintreffend.
Gebr. Zorn.

Schellfisch, Seedorsch, extra frische Fische bei Herm. Lincke, Alter Markt.

Kartoffeln in feinsten mehlreichen Sorten als Winterbedarf empfiehlt bill. R. Erbe, Dorotheenstr. 11, Ecke der Augustastr.

Frische Pfannkuchen mit hochfeiner Füllung bei Reinhold Bieler, Brüderstr. 17 vis-à-vis Neumhäuser.

Weintrauben, beste Sorten, versendet franko gegen 3 ℳ Nachnahme Postkolli ca. 10 Pfd. C. F. Laue, Weinbergsbesitzer, Naumburg a/Saale.

Täglich frische Pfannkuchen und Kartoffelkringel mit Vanilleguß von wunderbarem Geschmack, Kartoffelstrudel, Kartoffelkuchen, feinsten geriebenen Napfkuchen, Melange und Kaiserzwieback empfiehlt Carl Koch, Herrenstraße 1. Fernsprecher 531.

Bis zum Frühjahr vorräthig, delikater
Haide-Scheibenhonig,
Pfd. 1 Mk., II. Waare 65 Pf., Leck 60, Seim (Speisehonig) 50, Futterhonig 50, in Scheiben 65, Bienenwachs 125 Pf.; Postcolli geg. Nachn., engros billiger. Nichtpassendes nehme umgeh. frco. zurück.
E. Dransfeld's Imkereien, Soltau, Lüneburger Haide.

9 Pfd. fst. Süßrahmbutter ℳ 10.80
9 „ „ Alpenbutter „ 9.50
lief. franco Nachn. unter Garantie für Naturbutter Gottfried Ott, Ulm a/D.

Süßrahmbutter ℳ 9.50, Gutsb. ℳ 8.50 netto 8½ Pfd. frei Nachnahme. Joh. Meck sen., Langenau, Wtbg.

Gänse. Versende fette Bratgänse, geschlachtet und gerupft, ohne ausgeweidet à Pfd. 50 u. 55 ₰ frei unter Nachnahme.
Bansemir, Skoeben, Ostpr.

Neustädter Kartoffeln im Ganzen und Einzelnen Taubenstraße 11b.

Heute Donnerstag frische Wurst u. Suppe. F. Vetter, Anhalterstraße 9.

Eine Kegelbahn von einem Vereine (12 Herren) unter Chiffre H. H. bahnpostlagernd sofort gesucht.

Wegen Umzug ein kreuzsaitig. neues
Pianino,
schöner voller Ton, zu verkaufen. Harz 11, Hochwart.

Bettschirm zu kaufen ges. Gütchenstr. 7, I.

Bitte zu beachten!
Um Irrthümern vorzubeugen, theile ich meiner verehrten Kundschaft mit, daß sich mein Verkaufslokal nicht mehr Geiststraße sondern
nur Gr. Ulrichstraße 50
befindet. Eine Filiale unterhalte ich hier nicht.
M. Peiser's
Kunstblumen- und Makartbouquet-Fabrik.

Fertige Betten,
mit guten böhmischen Federn reichlich gefüllt, Oberbett, Unterbett, mit 2 Kissen, 21, 24, 30, 35, 50 bis 100 ℳ
Bettfedern
in nur staubfreier Waare, à Pfd. 0,85, 1,25, 1,50, 2, 2,50, 3, 3,50 ℳ
Fertige Bett-Inletts, Fertige Bett-Bezüge u. Betttücher
empfiehlt
Adolf Sternfeld,
Gr. Ulrichstr. 3,
Leinen- u. Baumwoll.-Waarenhandl.,
Magazin für compl. Wäsche-Ausstattungen.

Verloren Sonntag ein Korallenarmband von Berlinerstr. bis Karlstr. Abzugeben geg. Belohn. Karlstr. 36, p.

Auf dem Wege von Holleben bis Halle ein Pappkasten mit Kleid verloren. Abzug. beim Handelsmann G. Wetzel in Holleben gegen gute Belohnung.

Portemonai mit ca. 22 ℳ am 14. d. M. im Stadtbahnwagen Nr. 20 liegen geblieben. Um gefällige Rückgabe an die Polizei-Verwaltung oder Stadtbahndepot (Roßplatz) gegen 3 Mk. Belohn. wird gebeten.

Weiß- und schwarzgefl. junger Hund zugel., abzuholen Lessingstraße 2.

Ein schwarzer Teckel entlaufen, auf den Namen Molli hörend. Abzugeben Südstraße 2.

Ein rother Kardinal entflogen, gegen Belohn. abzugeben Augustastr. 13a, III.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich
Alma Trebes,
Ernst Gladis.
Halle a/S., Leipzig,
12. Oktober 1890.

Marie Schröter,
Ferdinand Hochheim,
Verlobte.
Zörbig, im Oktober 1890.

Paul Lohausen
Emma Lohausen geb. Vollmer
Vermählte.
Halle a/S., 13. Oktober 1890.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901017012/fragment/page=0003

Kämpfe geführt, und wir haben bis jetzt nicht die Zeit gehabt, auch nur einen Moment so weit auszuruhen, daß wir in Muße das neue Programm berathen konnten. Und das neue Programm muß eines sein, das einer so großen Partei würdig ist. Und deshalb mußten wir uns auch gegen den Vorschlag erklären, hier eine Kommission zur Revision des Programms niederzusetzen; dazu war die Zeit zu kurz.

Ich will nun auf die einzelnen Punkte unseres Programms eingehen, um diejenigen Punkte zu erörtern, gegen welche die Kritik sich gewandt hat und die meiner Meinung nach einer Revision dringend bedürftig sind. Alsdann werde ich mir erlauben, Ihnen eine Resolution bez. der Programm-Revision zu unterbreiten, dahingehend, daß eine Kommission eingesetzt wird, welche bis zum nächsten Parteitage einen Entwurf fertigzustellen hat. — Zunächst hat man Anstoß genommen an der Ueberschrift, an dem Namen unserer Partei „Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands". Schon in der Programm-Debatte, die wir auf dem Einigungskongreß gehabt haben, ist darüber viel gesprochen worden. Wir sind uns aber einstimmig darüber schlüssig geworden, daß die Arbeiterpartei mit Nothwendigkeit eine demokratische sein müsse, und wir haben es ferner für nothwendig erachtet, daß die Partei sich nicht einfach „sozialdemokratische Partei", nennt, sondern sozialdemokratische Arbeiter-Partei, und zwar deshalb, weil wir gerade von der Arbeiterklasse die Durchführung dieses Programms erwarten. Wir wissen sehr wohl, daß auch edeldenkende Männer aus den sogenannten höheren Ständen sehr wohl an dem Massen-Emancipationskampf der Arbeiter theilnehmen können, aber das sind Ausnahmen. Die Klasse, der sie angehören, wird uns stets feindlich gesinnt sein und die Zertrümmerung ihrer Macht kann nur von der unterdrückten Klasse, von der Klasse des arbeitenden Volkes durchgeführt werden. Daher haben wir mit Zug und Recht den Namen „Arbeiterpartei" gewählt, und ich denke, wir werden es dabei belassen.

Unser Programm theilt sich in einen allgemeinen Theil und die besonderen Forderungen. Es sind schon Bedenken gegen eine solche Trennung geäußert, und ich bin allerdings der Ansicht, daß die Kommission, vor welche das Programm kommen wird, diese Theilung jedenfalls nicht beibehalten wird.

Was zunächst den ersten allgemeinen Theil betrifft, so ist demselben allerdings der Stempel des Kompromisses aufgedrückt; es mangelt ihm in vieler Beziehung die wissenschaftliche Präzision, die das Programm einer Partei besitzen muß, die sich vor allem auf die Wissenschaft stützt, die sich mit Recht die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus nennt. Der erste Satz lautet:

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen."

Dieser Gedanke ist prinzipiell vollkommen richtig. Man hat allerdings den Ausdruck „Arbeit" angegriffen, die Arbeit sei nicht allein die Quelle des Reichthums, auch die Natur helfe dabei. Ja, m. H., das ist in gewissem Sinne richtig: der Mensch ist ja auch ein Stück Natur, wäre die Natur, wäre die Luft nicht, so wären wir auch nicht, das ist ganz selbstverständlich. Aber, m. H., die Natur von selbst schafft keine Werthe, wie viele würden sich denn bei uns ernähren können ohne menschliche Arbeit — ich glaube, nicht einer wäre im stande, ohne menschliche Arbeit den Winter zu überdauern. Roscher, ein Nationalökonom in Leipzig, hat sogar noch eine dritte Quelle des Reichthums entdecken wollen, nämlich das Kapital — als ob das Kapital nicht auch erst ein Produkt menschlicher Arbeit wäre!

Ferner hat man gemäkelt an dem Worte „Reichthum". Nun, m. H., ob der Ausdruck besonders glücklich gewählt ist, darüber will ich nicht streiten — er ist insofern nicht recht passend, weil er bei uns auch einen andern Sinn hat und leicht zu Mißverständnissen Anlaß giebt. Aber wissenschaftlich ist er richtig gebraucht, und es dürfte schwer sein, einen besseren Ausdruck zu finden. Jedenfalls ist er besser und richtiger als der Ausdruck „Wohlbefinden", der auch vorgeschlagen ist, mit dem wir aber das wissenschaftliche Gebiet völlig verlassen würden.

Was die „allgemeine Arbeitspflicht" betrifft, so ist der Gedanke ein richtiger; jedenfalls ist der Ausdruck viel korrekter als das sog. „Recht auf Arbeit". Die menschliche Arbeit ist Pflicht, ist Nothwendigkeit, sie ist nicht Zweck, sie ist nur ein Mittel — ohne Arbeit können wir, kann die menschliche Gesellschaft nicht existiren, und daher hat sie das Recht, jedem ihrer Mitglieder die Pflicht der Arbeit aufzuladen.

Auch über den Ausdruck „vernunftgemäße Bedürfnisse" ist viel gespöttelt worden; ich muß es der Kommission überlassen, hier einen bessern Ausdruck zu finden.

„In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen."

Statt „Arbeiterklasse ist vorgeschlagen, zu sagen „Proletariat." Das wäre aber unwissenschaftlich. Der Kampf, der gekämpft wird, ist ein Klassenkampf, und es ist nothwendig zu betonen, daß die Klasse der Arbeiter der Klasse derer gegenübersteht, welche das Monopol der Arbeitsmittel besitzen. Man redet viel von einem Arbeiterstand — den giebt es nicht, es giebt nur eine Arbeiterklasse; man redet auch vom „vierten Stand" — aber auch den giebt es nicht, das ist unwissenschaftlich. Im Interesse der Präzision der Wissenschaftlichkeit unsrer Partei wird es geboten sein, an dem Ausdruck „Arbeiterklasse" festzuhalten.

Weiter heißt es Absatz 3:

„Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages."

Hier wird es nöthig sein, noch schärfer die Ziele unserer Partei zu formuliren, daß es nothwendig ist, die kapitalistische Produktion durch die sozialistische zu ersetzen. Vielleicht ist auch hier die Stelle, um unsere Stellungnahme zur Grund- und Bodenfrage genau zu präzisiren.

Endlich:

„Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind."

Man hat uns den Vorwurf gemacht: da habt ihr einen sogenannten radikalen Beschluß gefaßt, den ihr gar nicht durchführen könnt — ihr seid genöthigt, heute und morgen mit der bürgerlichen Demokratie ein großes Stück Weges zu gehen. Ja, m. H., in gewissen Fragen der bürgerlichen Freiheit ist allerdings ein Theil des Bürgerthums bis zu einem gewissen Grade mit uns einverstanden. Wo es aber gilt, den scharf abgegrenzten Charakter unserer Partei zu bethätigen, da tritt dieser Satz in sein volles Recht ein, da sind alle übrigen Klassen uns gegenüber eine einzige reaktionäre Masse. Vielleicht aber ist es zweckmäßig, dies noch etwas schärfer zu formuliren.

II. „Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit."

Hier ist ein Punkt, der weniger für Sie als für unsere Gegner, die uns hier zuhorchen, aufgeklärt werden muß. In unserm ursprünglichen Programm hatten wir ein Wort, das Sie in diesem Passus nicht finden — es hieß früher „mit allen gesetzlichen Mitteln". M. H. dieses „gesetzlich" haben wir gestrichen und darauf hin hat man uns gesagt: indem die Partei das Wort „gesetzlich" gestrichen hat, hat sie sich auf den Boden der Gewalt gestellt, hat sie eine andere Taktik angenommen. Nichts falscher als das! Die Partei hat einfach das gethan, was die Pflicht der Selbsterhaltung und ihre Würde ihr auferlegte. Man hatte ein Gesetz geschaffen, das uns außerhalb des Gesetzes stellte, und demgegenüber waren wir verpflichtet zu sagen: wir müssen der Gewalt weichen, aber als zu Recht bestehend erkennen wir dieses Gesetz nicht an, wir wollen es untergraben, zerbrechen, vernichten — und das können wir doch nicht auf dem Boden des Gesetzes, also nicht mit „gesetzlichen" Mitteln! Das Streichen des Wortes „gesetzlich" war die nothwendige und logische Antwort auf das Sozialistengesetz — diese Antwort war auch ein Programm und dem Programm ist die Ausführung gefolgt! Ob es sich heute empfiehlt, das Wort gesetzlich wieder aufzunehmen, darüber mag die Kommission entscheiden — das hängt auch vollständig von der Weiterentwicklung der Dinge ab. Für die Worte „ehernes Lohngesetz" muß auch ein präziserer Ausdruck gewählt werden.

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen."

Keiner, der für den internationalen Gedanken noch so begeistert ist, wird sagen, wir hätten keine nationalen Pflichten; man muß nur das Wort national richtig auffassen. „International" umfaßt ja schon das Nationale, es heißt bloß, über die Grenzpfähle der eigenen Nation hinausgehend, den Blick hinaus schweifen lassen. Ein Widerspruch liegt also in den Worten „national" und „international" nicht — Thatsache ist freilich, daß die Formulirung etwas ungeschickt ist und einer Korrektur bedarf.

Ich wende mich nunmehr zum zweiten Theile, dem „engern Programm."

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes."

Das ist vollkommen veraltet und muß geändert werden; es ist die ganz naive Auffassung, der wir damals noch Rechnung tragen mußten. Man dachte, der Staat stellt sich über die Klassen, er impft der Gesellschaft den Sozialismus ein und sprengt so die kapitalistische Gesellschaft auseinander. Das ist eine Unmöglichkeit. Die bürgerliche Gesellschaft geht an ihrer eigenen Gemeinschädlichkeit zugrunde, an den Widersprüchen, die in ihr liegen, an der Ueberproduktion bei der Massenarmuth — kurz an den eigenen Widersprüchen und Tollheiten des Systems.

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein."

Das ist alles ganz selbstverständlich. Es ist neuerdings angeregt worden, in unserm Programm die Gleichberechtigung der Frauen auszusprechen. Diese Frage tauchte schon auf dem Einigungs-Kongreß auf und damals wurde das Wort „Staatsangehörige" gesetzt im Gegensatz zu dem im Eisenacher Programm stehenden Worte „Männer" — bloß um einen Ausdruck zu haben, der Männer und Frauen umfaßt. Ob es sich empfiehlt, in direkter, positiver Form die Gleichberechtigung der Frauen auszusprechen, das gebe ich der Kommission anheim. Nothwendig ist es nicht, denn daß die Sozialdemokratie, die die Gleichberechtigung aller Menschen will, auch die Gleichberechtigung der Frauen erstrebt, das versteht sich von selbst. Hierher gehört noch eine neue Forderung: das proportionale Wahlsystem. Wir sind an Zahl unserer Vertreter die drittschwächste, der Zahl der Stimmen nach dagegen die allerstärkste Partei. Ein Beweis, daß unser jetziges Wahlsystem mangelhaft ist. Dem wird abgeholfen durch das sog. Proportional-System, das schon seit Jahrzehnten von uns vertreten ist. Dasselbe besteht einfach darin: es wird im ganzen Lande nach Listen abgestimmt, so daß nur ein einziger großer Wahlkreis vorhanden ist. Jede Partei hat das Recht, so viele Kandidaten aufzustellen, als Mandate zu vertheilen sind; die Stimmen, die im ganzen Lande abgegeben sind, werden zusammengezählt, dann wird mit der Zahl der Mandate hineinbividirt, auf je 100,000 Stimmen kommt ein Mandat, und danach werden die Mandate vertheilt. Das wäre das beste System, das auch den kleinsten Minoritäten eine entsprechende Vertretung sicherte.

Wir kommen zu der Forderung: Direkte Gesetzgebung durch das Volk. In der Schweiz haben wir das schon in eingeschränktem Maße und ohne Einschränkung ist es allerdings nicht durchführbar. Es handelt sich dabei eigentlich nur um das Vorschlagsrecht des Volkes; d. h. daß, wenn das Volk in seiner Mehrheit es verlangt, die Regierung gezwungen ist, ein Gesetz vorzulegen.

Die nächste Forderung lautet: Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk. Das ist allerdings vorläufig noch Zukunftsmusik, denn wir haben noch keinen demokratischen Staat. Haben wir ihn aber erst einmal, dann wird es keine Regierung wagen, über die Köpfe des Volkes hinaus einen Krieg zu erklären.

3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Das hängt mit der vorhergehenden Forderung eng zusammen: ein wirkliches Volk in Waffen führt keine Eroberungskriege. Wenn jeder deutsche Bürger selbst Soldat ist, wenn es nicht zwei Völker im Volke giebt, eins mit, eins ohne Waffen, dann ist es vollständig unmöglich, über die Köpfe des Volkes hinaus Eroberungskriege zu führen.

Auf alle einzelnen Forderungen kann und will ich nicht näher eingehen; nur einzelnes will ich herausgreifen. Punkt 5 verlangt: Rechtsprechung durch das Volk. M. H., auch das hat seine zwei Seiten. Ich habe mich schon einmal mit meinem Freunde Bebel dem Spruch eines sog. Volksgerichts, des Schwurgerichts unterwerfen müssen; wir beide sind verurtheilt worden wegen Vorbereitungen zum Hochverrath, und wahrlich, wir waren beide daran so unschuldig wie jeder der Herren aus dem „Volke", die uns schuldig gesprochen haben. Ich sage es offen: ich hätte damals in Leipzig viel lieber vor Berufsrichtern gestanden und mir ist von Berufsrichtern erklärt worden: hätten Sie vor uns gestanden, man hätte Sie freigesprochen, denn es war juristisch unmöglich, Sie schuldig zu sprechen. Es ist also sehr schwierig, diese Forderung richtig zu fassen.

Punkt 6: Erklärung der Religion als Privatsache. Das ist ein kritischer Punkt. Man hat den Deutschen vorgeworfen, daß sie sich viel zu wenig mit der Erde beschäftigen, daß sie im Himmel spazieren gehen und auf Erden daher zu kurz kommen. Das gilt aber auch von anderen Leuten. Es ist ein Zeichen von Mangel an Kraft, daß man, statt auf Erden Energie zu bethätigen, kühn in den Himmel hinaufgondelt und dort gegen Gott und den Himmel Krieg führt. Ich habe mir die furchtbare Entrüstung der amerikanischen Freidenker zugezogen, als ich sagte: Eure Geschichte ist ja ganz unbedeutend, der deutsche Arbeiter, der den Kampf gegen einen preußischen Gendarm oder Schutzmann aufnimmt, entwickelt tausendmal mehr Muth als der, der Jehova als seinen persönlichen Feind absetzen und aus dem Himmel werfen will. Wer sind denn die Leute, die speziell in religiöser Freiheit machen? Ich habe sie 1848 genau kennen gelernt — es waren die allerjämmerlichsten Spießbürger und politisch sind sie heutzutage zum weitaus größten Theile in den Reihen unserer Gegner. Gerade die Thatsache, daß Leute, die politisch als Reaktionäre auftreten, auf Religionsfreiheit den größten Werth legen, sollte doch die Heißsporne unter uns stutzig machen! Die Kirche ist heute Bundesgenossin und Stütze des Staates, und insofern sie dem Klassenstaate hilft, müssen wir auch gegen sie Front machen. Aber zu glauben, unser Kampf habe sich speziell gegen sie zu richten, statt gegen den Klassenstaat selbst, das ist ein Irrthum, das heißt die Kraft verpulvern gegen ein falsches Objekt. Haben wir einmal den Klassenstaat besiegt, dann ist die Kirche uns nicht mehr gefährlich. Glauben denn diejenigen unter Ihnen, die den „persönlichen Kampf gegen Jehova" treiben, daß durch radikale religiöse Fragen der Religion Abbruch gethan wird? Ich persönlich habe mich mit der Religion sehr frühzeitig abgefunden — aber eins habe ich durch mehrjährige Erfahrung gelernt: man kann nie einen Menschen, der an Religion glaubt, durch Beschimpfung der Religion bekehren. Der Religion, die im einzelnen Menschen steckt, können Sie nur dadurch zu Leibe gehen, daß Sie dem Manne Wissen beibringen. Der Schulmeister, die richtige Erziehung beseitigt die Religion; der Ansturm gegen dieselbe macht sie nur stärker, und die unter uns, die den Kampf gegen die Religion führen wollen, verfallen in denselben Fehler wie die preußische Regierung in ihrem Kampfe gegen die katholische Kirche. Der Ausdruck „Erklärung der Religion als Privatsache" mag nicht ganz richtig sein. Ich habe in Gegenden agitiren müssen, wo der Katholizismus noch eine Macht ist; da habe ich dadurch, daß ich diesen Punkt richtig erklärte, Stimmen erlangt, die durch Angriffe auf die Religion uns verloren gegangen wären. Es ist unmöglich, eine Idee, und sei es eine falsche Idee, mit Gewalt hinwegzudekretiren. Sorgen wir nur für gute Schulen, für Wissenschaft, das ist das beste Mittel! (Lebhafter Beifall.)

Was die Forderung des Normalarbeitstags betrifft, so begnügte man sich früher mit 10 Stunden, heute fordert man 8 Stunden und nach ein paar Jahren wird auch das veraltet sein. Wir wissen, daß die Zeit, die nothwendig ist, um die für das Bestehen der Gesellschaft nothwendige Arbeit zu leisten, durch die stetig sich vervollkommnende Technik, durch die Organisation der Arbeit stetig abgekürzt wird, sodaß man jetzt schon in einigen Kolonien Englands den 6stündigen Arbeitstag hat und in Australien sogar den 5stündigen anstrebt. Auf den albernen Einwand, wir wollten nur faulenzen, brauche ich wohl nicht einzugehen. Die Arbeit ist unumgänglich nothwendig — aber mehr Arbeit leisten als nöthig ist, den Gesellschaftszweck zu erhalten, das wäre thöricht und unrichtig. Es soll u. a. im Programm auch ausdrücklich ausgesprochen werden, daß die Sozialdemokratie die Republik erstrebt. Ob es nöthig ist, das besonders auszusprechen, weiß ich nicht. Daß das Staatsideal einer auf demokratischem Boden stehenden Partei die Republik ist, versteht sich für jeden denkfähigen Menschen ganz von selbst. Mir ist das vollkommen gleichgiltig, die Kommission mag zusehen, wie weit dem Ausdruck zu geben ist.

Ich komme zum Schluß. Ich habe vorhin ausgeführt, daß es bisher unmöglich war, das Programm zu reformiren; Sie alle sind mit schuldig insofern, als aus dem Schoße der Partei irgendwelche Vorschläge nicht eingegangen sind. Außerdem ist dadurch, daß wir bisher das Programm nicht reformirt haben, der Partei kein Nachtheil entstanden. Ich habe Ihnen die Mängel desselben gezeigt und darin möchte vielleicht eine gewisse Impietät liegen. Das Programm ist uns 15 Jahre lang Sturmfahne gewesen, die der Partei vorangetragen worden ist. Es war ein Leitstern für die Partei, es ist gerettet und zerschossen, aber es hat uns immer und überall zum Siege geführt und darin liegt ein gewaltiges, ein bedeutsames Stück Geschichte unserer Bewegung. Ich will nur wünschen, das neue Programm möchte so werden, daß es uns ebenso in glorreichen Kämpfen vorangetragen werden kann. Hatte das Programm auch Mängel — es steht doch thurmhoch über den Programmen anderer Parteien, keine der bürgerlichen Parteien hat mit einer solchen Klarheit ihre letzten Ziele ausgesprochen, wie es hier geschehen ist. Das Programm ist uns lieb geworden, seine Mängel hat zwar jeder von uns gefühlt — gut, darüber sind wir hinweggegangen. Vollkommenes kann nicht geschaffen werden, es wird sich ebenfalls überleben. Denn die Welt geht vorwärts — aber ein Programm wie dieses leichtsinnig mit einem rasch über Nacht zusammengestoppelten zu vertauschen, das wäre eine Thorheit gewesen!

Man hat gesagt, das Sozialistengesetz sei für uns ein eiserner Ring gewesen, die Partei werde zerfallen, wenn dieser Ring beseitigt sei. Nun, ich meine, der 1. Oktober und dieser Parteitag haben bewiesen, wie falsch unsre Gegner urtheilten; einiger hat die Partei sich nie gezeigt. Aber ist diese Einigkeit etwa nur herbeigeführt durch den gemeinsamen Kampf? O nein! Wenn das Sozialistengesetz ein eiserner Reif war, so ist das Programm für uns ein diamantenes Band. Mit ihm kämpfend haben wir das Sozialistengesetz gesprengt und zerbrochen — auf dem Boden desselben werden wir auch ferner siegen, werden wir alle unsere Feinde überwinden. (Stürmischer Beifall.)

Die Diskussion über den Vortrag wird auf die Donnerstagsitzung verschoben.

Abg. Singer verliest die folgende, vom Ref. Liebknecht eingebrachte Resolution:

In Erwägung, daß das von dem Einigungs-Kongresse zu Gotha im Jahre 1875 beschlossene Parteiprogramm, so trefflich es sich auch in den Kämpfen der letzten 15 Jahre, namentlich unter dem Sozialistengesetz bewährt hat, dennoch nicht mehr in allen Punkten auf der Höhe der Zeit steht, wie das schon auf früheren Partei-Kongressen ausgesprochen worden ist, beschließt der Parteitag:

Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitage den Entwurf eines revidirten Parteiprogramms vorzulegen, und den Entwurf mindestens drei Monate vor dem Zusammentritt des nächsten Parteitags zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe.

Hierauf wird die Sitzung um 1/7 Uhr geschlossen.

Universitäts-Nachrichten.

* **Berlin**, 15. Okt. Heute mittag fand der feierliche Rektoratswechsel der Universität statt. Der bisherige Rektor Hinschius berichtete über das abgelaufene Studienjahr und gedachte der Betheiligung der Universität bei der Leichenfeier für die Kaiserin Augusta. Der neue Rektor Tobler leistete den Rektoratseid, und hielt eine Antrittsrede über die Pflege der romanischen Philologie.

Gerichtsverhandlungen.

+ **Gera**, 15. Okt. Die heutige Verhandlung des Schwurgerichts gegen die frühere Chausseegelderheberin verehelichte Ferber in Unterhaus bei Gera wegen Unterschlagung im Amte wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft vertagt, weil nähere Erhebungen über die Theilnahme des Ehemannes der Angeklagten an der amtlichen Thätigkeit der Frau erfolgen sollen. Die Angeklagte, eine des besten Rufes sich erfreuende Frau von 68 Jahren, soll in den jüngstverflossenen Jahren für im ganzen 2 Mk. 93 Pf. (!) Chausseezettel unterschlagen und 22 bereits gebraucht gewesene Chausseezettel mit neuem Stempel versehen und ausgegeben haben, um sich einen Vermögensvortheil zu verschaffen. Dies stellt die Frau mit aller Entschiedenheit in Abrede. Sie bezeichnet die Vorbedingungen der Anklage als den Ausfluß der Rachsucht eines Dritten. Der Fall wird also das nächste Schwurgericht beschäftigen.

△ **Dessau**, 15. Okt. Ein Volksschlächter stand heute in der Person des Fleischermeisters Friedrich Schinkel aus Oranienbaum vor der Strafkammer hiesigen Landgerichts. Der Angeklagte, bereits früher wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz mit längerer Freiheitsstrafe belegt, war beschuldigt, im Februar d. J. vorsätzlich das Fleisch einer lungenkranken Kuh, dessen Genuß die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, als Nahrungsmittel verkauft, feilgehalten oder sonst in Verkehr gebracht zu haben. Ein Einwohner des Dorfes Gohrau hatte wahrgenommen, daß eine seiner Kühe krank wurde und auffällig abmagerte. Der hinzugezogene Thierarzt stellte fest, daß das Thier an Lungentuberkulose leide und daß das Fleisch zur menschlichen Nahrung nicht zu verwenden sei. Der Viehversicherungsverein des Dorfes Gohrau entschädigte den Eigenthümer wegen seines Verlustes auf Grund des Ausspruchs des Thierarztes. Der Angeklagte hat nun im Februar die fragliche Kuh vom Versicherungsverein für 30 M. käuflich erstanden und zwar, wie er angiebt, für Rechnung eines ihm dem Namen nach nicht bekannten Fleischermeisters aus Dessau, der ihn um diese Gefälligkeit ersucht habe. Der fremde Fleischer habe auch

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901017012/fragment/page=0004

Damen-Mäntel,

Jackets, Visites, Mädchen-Mäntel

in unübertroffen großer Auswahl, nur neue, geschmackvolle Façons in guten Stoffen.

zu fabelhaft billigen Preisen.

Gr. Ulrichstr. 23, Part. u. I. Etage.

Brummer & Benjamin

Gr. Ulrichstr. 23, Part. u. I. Etage.

Mode-, Manufactur-, Leinen- u. Baumwollen-Waaren, Gardinen, Teppiche, Tisch- u. Reisedecken etc.

Durch die **festen Preise** und **streng reelle Bedienung** in unserem Geschäft wird der Einkauf sehr erleichtert und ist dadurch **Jeder vor Vertheuerung geschützt.**

Von Freitag den 17. d. Mts. ab stehen wieder in großer Auswahl **Belgische und Dänische Pferde** zum Verkauf.

Gebr. Strehl,
Merseburg.

Nächsten Freitag den 17. d. Mts. trifft **ein großer Transport Ardenner und Dänischer Arbeitspferde** bei mir zum Verkauf ein.

Merseburg, Bahnhofstr. 3.
Albert Weinstein.

Sonnabend den 18. d. M. trifft wieder ein großer Transport direct importirter echt Simmenthaler hochtragende Kalben und Zuchtbullen, bester Qualität (mit Ursprungsattesten) ein.

C. Heilmann, Zeitz.

Zeichen- u. Mal-Unterricht

im figürl. u. landschaftlichen Fache erth. Damen u. Herren **Albrechtstr. 16b, II.**

Kunstmaler **Hans Knoechl** aus München.

Gummi-Pultmappen

haben den Vorzug, daß darauf Geschriebenes leicht wieder entfernt werden kann. Zu haben bei

Aug. Weddy, Leipzigerstr. 23. Fernsprecher 390.

Bettfedern und Daunen

in nur **staubfreier** und **geruchloser** Waare empfehle ich von Mark 1 bis 35 Mk. pr. Pfd.

Inlets in bekannt **guten federdichten Qualitäten** von 40 Pfg. bis 2,50 Mk. pr. Mtr.

Mechanische Weberei J. Bräude

Nur Großer Schlamm 10 B.

Photographie.

M. Kästner, Gr. Ulrichstraße 52 fertigt nunmehr die **feinsten Photographieen** mit vorzügl. Retouche, das ganze Dutzend resp. 13 Stück für 6 ℳ

M. Kästner, Gr. Ulrichstr. 52.

Dörstewitz.

Sonntag den 19. und Montag den 20. Oktober ladet zur **Kirmeß** freundlichst ein **Schubert.**

Familien-Nachricht.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die sehr schmerzliche Nachricht, daß mein theurer Mann, unser treuer und lieber Vater, der Gutsbesitzer und Schulze

Reinhold Schlurick

heute früh 9 Uhr im Alter von 57 Jahren unerwartet entschlafen ist.

Peißen, den 5. Oktober 1890.

Salome Schlurick nebst Kindern.

Begräbniß nächsten Sonnabend 2 Uhr.

Export-Bier-Handlung A. Scheibe, Fa.: C. G. Canitz,

(Geschäftsgründung 1877),

Karlstr. 2, Fernsprecher 398, **Karlstr. 2,**

empfiehlt und versendet in Faß und Flaschen unter Haftbarkeit der Firma für

absolut echte, reingehaltene und vorzügliche Biere:

Culmbacher Exportbier, Erste Actien-Export-Bier-Brauerei, Culmbach in Bayern. Versandt im letzten Jahre 160 000 Hectl.

Culmbacher Schankbier, St. Petri, Erste Actien-Export-Bier-Brauerei, Culmbach in Bayern. Versandt im letzten Jahre 160 000 Hectl.

Deutsches Malz-Porter-Bier, (Canitz Malz-Porter), von G. Brückner, Köfen.

Münchener Löwenbräu

aus der Actienbrauerei zum Löwenbräu, München, größter Umsatz sämmtlicher Münchener Brauereien,

Anerkannt bestes Münchener Exportbier

Zahlen beweisen:

Malz-Verbrauch	III. u. IV. Qual. 1889	I. u. II. Qual. 1890	Summe
Actienbrauerei zum „Löwenbräu“	109 869 Hectl.	121 404 Hectl.	231 273 Hectl.
Gabriel Sedlmayr, Brauerei zum „Spaten“	117 099 „	112 923 „	230 022 „
Jos. Wagner, Brauerei zum „Augustiner“	82 378 „	88 058 „	170 436 „
G. Pschorr	50 600 „	54 450 „	105 050 „
Brauerei zum „Münchener Kindl“	15 628 „	22 087 „	37 715 „

Böhm. Exportbier Erste Actien-Bier-Brauerei Pilsen (in Böhmen).

Lagerbier von Riebeck & Co., Reudnitz-Leipzig.

Grätzer Exportbier (Gesundheitsbier) aus der Ersten präm. Exportbier-Brauerei von Th. Grünberg, Grätz, Provinz Posen.

Englisch-Porter (Double Brown Stout) von Barclay, Perkins & Co's. London. **Pale Ale** von Bass & Co's., London.

Merseburger Schwarzbier von C. Berger, Merseburg, für Reconvalescenten und Blutarme ärztlich empfohlen.

Berliner Weissbier aus der Brauerei von S. D. Möwes, Berlin. — Auf der Gastwirthsausstellung in Berlin prämiirt. —

Kösener Champagner-Weißbier und Weizenlagerbier von G. Brückner, Köfen.

Zerbster Bitterbier von Lorenz Pfannenberg Söhne Zerbst.

Sämmtliche vorstehende Biere sind wiederholt chemisch analysirt und für vollständig rein und gut vergohren befunden. — Wiederholt mache ich darauf aufmerksam, daß alle Flaschenbiere, welche aus meinen Kellereien entnommen, nur mit Korken I. Qualität (nicht ärztlich verworfenem Patentverschluß) verschlossen sind, welche auf der einen Seite meinen eingebrannten Firmastempel „C. G. Canitz Bier-Depôt“ tragen müssen. Der Zutritt in meine Kellereien ist den geehrten Consumenten zu jeder Tageszeit und gern gestattet. (Bitte hiervon Gebrauch zu machen.

Hochachtungsvoll

A. Scheibe in Firma: C. G. Canitz.

Für den Inseratentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901017012/fragment/page=0005